Nr. 249 • Ausgabe B Nr. 113
Ausgabe für Berlin u. Umgegend Nr. 249

Abend-Ausgabe

Sonnabend, 31. Mai 1919
48. Jahrgang

Berliner Tageblatt
und Handels-Zeitung

Für unverlangt eingesandte Manuskripte übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

Chef-Redakteur Theodor Wolff in Berlin.
Druck und Verlag von Rudolf Mosse in Berlin.

Brockdorff-Rantzau über die Situation.

Büßer oder Vertragspartei.

„Deutschland kann immer noch Nein sagen." — Die drei Richter der ganzen Welt.

(Telegramme unserer Korrespondenten.)

w. Versailles, 31. Mai.

Dem Vertreter des Bureau Europa Preß, der bereits zweimal den Grafen Rantzau über die wichtigsten politischen Fragen interviewt hatte gelang es am Donnerstag abend, ihn wenige Stunden nach der Unterrichtung der deutschen Denkschrift ihn über seine Meinung über die künftige Entwicklung der Dinge zu befragen. Der Korrespondent fragte den Grafen, ob er glaube, daß die deutschen Gegenvorschläge zu Verhandlungen über den Inhalt des Friedensvertrages führen würden. Der Graf erwiderte „In solchen Dingen habe ich mir das Glauben abgewöhnt Ich tue was ich für richtig halte, und warte die Folgen ab. Als uns die Gegner ihre Bedingungen vorgelegt hatten, lang in der französischen Presse das Fragespiel an: „Werden sie unterzeichnen oder nicht?" Wir sollten uns hüten, jetzt unserseits mit dem Fragespiel zu erwidern: „Werden sie verhandeln oder werden sie nicht verhandeln?". Auf die Frage des Journalisten, ob er nicht meine, daß **selbst die deutschen Gegenvorschläge dem deutschen Volke ungeheure wirtschaftliche Lasten aufbürden,** den Gegnern nicht genügen würde, antwortete Graf Rantzau: „Ich weiß es nicht. Nach dem Leitartikel des „Temps" vom Mittwoch scheinen unsere Gegner anzunehmen, daß die deutschen Gegenvorschläge die Grenzen überschritten, innerhalb deren sie uns eine Besprechung des Friedensvertragsinhalts gestatten wollen. **Wenn der Artikel die Meinung der feindlichen Führer wiedergibt, sehe ich kaum eine Aussicht auf Verständigung.** Es bleibt dann dabei daß **man uns nicht den Vorschlag zu einem Vertrag, sondern den Tenor eines Strafurteils vorgelegt hat.** In diesem Falle wundere ich mich nur, daß die Gegner so viel Wert darauf legen, unsere Namen unter dem Dokument zu sehen, denn soviel ich weiß, hängt in keinem Lande der Welt die Rechtskraft von Strafurteilen davon ab, daß der Angeklagte es selbst unterzeichnet."

Der Korrespondent fragte weiter: „Halten Sie den Abstand zwischen den Forderungen der Gegner und dem Angebot Deutschlands für unüberbrückbar?" Graf Rantzau erwiderte: „An sich liegt diesem ein prinzipieller Gegensatz zugrunde, der nicht auszugleichen ist. Man kann über die materielle Leistungsfähigkeit eines geschlagenen und ausgehungerten Volkes verschiedener Meinung sein und sich doch darüber verständigen **aber es gibt keinen Ausgleich über die Frage, ob dieses Volk als Verbrecher Buße tun oder als Vertragspartei Verpflichtungen erfüllen soll.** Hätte man dem deutschen Volke im Oktober 1918 anstatt des Vorvertrages über die Friedensgrundlagen ein Sündenbekenntnis zur Annahme vorgelegt, so würde es weiter gekämpft haben. **Jetzt kann es nicht mehr kämpfen, aber es kann immer noch sagen: Nein!"** Auf die weitere Frage des Pressevertreters, ob der Reichsminister bei diesem Gegensatz der Auffassungen jede Möglichkeit eines Ergebnisses der weiteren Tätigkeit der deutschen Delegation für ausgeschlossen halte, erwiderte Graf Brockdorff-Rantzau: „Ich halte an dem Wunsche fest, den Gegner davon zu überzeugen, daß **die Herren Wilson, Lloyd George und Clemenceau vor der Weltgeschichte nicht verpflichtet sind, die Rolle der drei Richter der ganzen Welt zu spielen.** Wenn ich mich in ihre Lage hineindenke, würde mir vor meiner Gottähnlichkeit bange sein. Mit dem Augenblick wo der moralische Aufputz der Strafjustiz aus dem Friedensdokument entfernt wird, ist es in einem gewissen Umfange für Deutschland erträglich Daß wir als Besiegte Opfer an Macht und Gut bringen müssen, sehen wir ein. Wir lehnen es aber ab, als Verbrecher und versetzt in die zweite Klasse des Nationenstandes zu unterschreiben."

Zum Schluß legte der Journalist dem Reichsminister die Frage vor: „Fällt mit den Aenderungen, die Sie verlangen, der ganze Aufbau des Friedensentwurfes zusammen?" Der Minister erwiderte: „Das möchte ich nicht schlechthin behaupten. In dem Entwurf befindet sich eine erstaunliche Summe solider Gedankenarbeit, die nutzbar verwendet werden könnte, wenn man die Bestimmungen, die jetzt in schroffster Einseitigkeit nur zugunsten unserer Gegner formuliert sind, unter dem Gesichtspunkte umändern wollte, der allein einem Frieden der Gerechtigkeit entspräche. Eine solche Arbeit würde allerdings noch viele Steine des Anstoßes stehen lassen, die auf andere Weise aus dem Wege geräumt werden müßten. Aber die erste Voraussetzung eines Verständigungsfriedens wäre damit erfüllt."

L. Versailles, 30. Mai.

Die „Information" stellt in übersichtlicher Form zusammen, was die Deutschen an Friedensbedingungen annehmen verweigern und vorschlagen. Da diese Gruppierung auch in Deutschland ihre Wirkung haben kann, freilich eine ganz andere als das französische Blatt erwartet, so sei die Zusammenstellung kurz hier wiedergegeben. Die Deutschen nehmen an die Aufgabe ihrer **Kriegsflotte, die Verringerung ihrer Armee auf hunderttausend** Mann, die Zahlung von zwanzig Milliarden in Gold vor 1926 und eine weitere Zahlung von achtzig Milliarden in den folgenden Jahren. Die Deutschen verweigern: die Herausgabe ihrer ganzen Handelsflotte und die Abgabe von Gebietsteilen ohne Volksabstimmung, mit Ausnahme von Posen und den unzweifelhaft polnischen Gebieten. Sie schlagen vor: die Prüfung der Schuldfrage durch Deutschland im Namen des Völkerbundes. Erledigung aller Kriegsschäden unter Aufsicht einer aus verschiedenen Völkern zusammengesetzten Kommission (hier muß ergänzt werden: unter Vorsitz eines Neutralen). Internationalisierung der Weichsel Freihäfen in Danzig, Königsberg und Memel und Räumung aller besetzten Gebiete in sechs Monaten. So weit die „Information". Wer die deutschen Vorschläge kennt, weiß, daß alle drei Abteilungen dieses Schemas nicht ganz vollständig sind. Besonders bei den Finanzbestimmungen kommt es auf die sorgfältig ausgearbeiteten Einzelvorschläge für die Durchführung der Zahlungen und die Abrechnung für bereits geleistete Abgaben in Materialien an.

Die deutsche Delegation besteht auf der Abänderung der härtesten Bedingungen.

(Telegramm unseres Sonderberichterstatters.)

L. Versailles, 31. Mai.

Während gestern früh die französischen Zeitungen sich noch zurückhaltend über die deutschen Gegenvorschläge äußerten, war am Abend und noch mehr am heutigen Morgen zu merken, daß inzwischen das mot d ordre vom Rat der Vier gegeben worden ist. Ihre Haltung ist durchweg abwesend, je nach sonstiger Stellung der Zeitung in schärferem oder ruhigerem Ton Es wird verlangt und prophezeit, daß die deutschen Vorschläge einfach zurückgewiesen und der Frieden erzwungen werde. Ueberall erscheint der Hinweis auf die angebliche Uneinigkeit zwischen der deutschen Regierung und der Delegation. Die Worte Brockdorff-Rantzaus, daß er den Vertrag in dieser Form nicht unterschreiben werde, sind den anderen Worten Trybergers gegenübergestellt, der gesagt haben soll: „Wir sagen heute, daß wir nicht unterschreiben, damit wir ein paar Zugeständnisse erhalten, die uns morgen die Unterschrift gestatten" Der Hinweis auf die amerikanische Bereitwilligkeit zu einigen Konzessionen, fehlt heute gänzlich. Doch wird mit auffallender Mühe versucht, Wilson klarzumachen, daß eigentlich er der Beleidigte sei, weil die Deutschen den Friedensvorschlag nicht mit seinen vierzehn Punkten identisch fänden. Diese Bemerkungen lassen darauf schließen, **daß man trotz der Heftigkeit des Tones doch die Möglichkeit einer Meinungsverschiedenheit mit Amerika fürchtet.** In der deutschen Delegation wurde gestern an eine amerikanische Einwirkung geglaubt, aber ohne merkbaren Optimismus. Graf Brockdorff-Rantzau ist nach wie vor entschlossen die Vorschläge nur zu unterzeichnen, falls die wesentlichen Aenderungen der schlimmsten Bedingungen dies gestatten. **Einem Zwange wird er sich nicht beugen.** Wahrscheinlich wird der Verlauf so sein, daß etwa zu Pfingsten die französische Antwort kommt, die an den Hauptpunkten des Ententevorschlages festhält, aber über andere Punkte von geringerer Bedeutung mündliche Verhandlungen zuläßt, jedoch unter der Voraussetzung, daß diese Verhandlungen erst beginnen sollen, nachdem der Vertrag unterzeichnet ist. Dabei kommt es natürlich im wesentlichen darauf an, auf welche Gebiete die Verhandlungen sich beziehen sollen. In diesem Falle wäre **die französische Antwort gegen den 7. Juni,** und da nur kurze Frist zur Entscheidung gegeben wird, die **endgültige Annahme oder Ablehnung gegen Mitte Juni zu erwarten.** Es kann aber auch ganz anders kommen. Hauptsache bleibt, daß in diesen kritischen Tagen Regierung und Delegation einig sind, und daß eine geschlossene Volksstimmung sich für den Standpunkt der Delegierten ausspricht.

* * *

Wiederzusammentritt der Nationalversammlung.

Die zweite und dritte Lesung der Verfassung.

Der Verfassungsausschuß der Nationalversammlung, der seit einigen Tagen in Berlin tagt, hat seine Arbeit jetzt so weit gefördert, daß die erste Kommissionslesung der Verfassung kurz vor ihrem Abschluß steht. Es soll die zweite Lesung sofort vorgenommen werden, um das Verfassungswerk schnell zustande zu bringen. Wie wir hören, sind die Abgeordneten sämtlicher Parteien telegraphisch nach Berlin berufen worden; es sollen in den ersten Tagen der nächsten Woche Fraktionssitzungen stattfinden, in denen die einzelnen Fraktionen zu der Verfassung, insbesondere zu den Beschlüssen des Verfassungsausschusses, Stellung nehmen werden. Es ist zu erwarten, daß noch in der nächsten Woche eine Tagung der Nationalversammlung in Berlin stattfinden wird, in der die Verfassung schlußreif durchberaten und, wenn möglich, an einem Tage verabschiedet werden soll.

Die Ausschaltung Deutschlands aus der Weltwirtschaft.

J. S. Wenn man die, mit einigen Ausnahmen, scharf abweisenden Kritiken liest, mit denen die große deutsche Gegennote von der französischen Presse — offenbar auf höheren Befehl — aufgenommen wird, muß man anfangen, an der Fähigkeit und dem Willen unserer Gegner zu verstandesmäßiger Führung der Politik überhaupt zu zweifeln. Wenn bei ihnen nicht der Gedanke, uns zur schweigenden Hinnahme des Unmöglichen zu zwingen, zur fixen Idee geworden wäre, so hätten sie zum mindesten die Begründung unserer Gegenvorschläge abwarten, ihnen sorgfältige Prüfung widmen müssen. Das hätten die deutsche Denkschrift und die Mantelnote verdient. In ihnen ist kein Wort, das den Sieger, wenn er nur den Schein von Recht und Billigkeit aufrecht erhalten wollte, zu hochmütiger Abweisung berechtigte. Ja man muß sagen, eine ruhigere und sachlichere Kritik, eine objektivere Darstellung unbestreitbarer rechtlicher und wirtschaftlicher Wahrheiten, ein alle leidenschaftliche Erregung, Enttäuschung, Empörung beherrschtes unterdrückendes Mäßigen läßt sich kaum denken. In Wirklichkeit ist alles, was uns zugemutet wird, noch viel schlimmer, als es aus den juristischen und fast wissenschaftlich kühlen Darlegungen der deutschen Note hervorgeht.

Man wird durch diese Gegenschrift immer wieder zu neuem Studium der Paragraphen des Friedensinstruments angeregt und entdeckt dabei immer aufs neue, welch furchtbare Handhaben darin diejenigen unserer Gegner, denen es auf die dauernde Verkrüppelung und Lahmlegung Deutschlands ankommt, sich zur Durchführung dieses politischen und wirtschaftlichen Zieles gesichert haben. Man entdeckt dabei auch immer neue Beweise dafür, daß dieses Ziel wirklich besteht. Unsere Denkschrift z. B. beschäftigt sich an einer Stelle mit der Frage der deutschen Rechte und Interessen außerhalb Deutschlands. Sie sagt in dieser Kritik mit Recht, daß die Durchführung des Vorschlages des Entwurfes unmöglich ist, weil er die Zahlungsfähigkeit Deutschlands gefährdet. Man muß alle Einzelbestimmungen, die der berüchtigte Paragraph 297 mit seinen Anlagen enthält, im Zusammenhang mit den vielen anderen handelspolitischen Knebelungsmaßnahmen, genauer ansehen, um zu wissen, was in dem allen für ein groß angelegter Vernichtungsplan enthalten ist. Es handelt sich ganz einfach darum, jetzt und ein für allemal Deutschland vom wirksamen Wettbewerb auf den internationalen Märkten, nicht allein in Uebersee, sondern auch in Europa und sogar in Landstrichen, die früher zu seinem eigenen Gebiete gehörten, auszuschließen. Was Deutschland auf dem Welthandelsgebiet in den letzten dreißig Jahren erreicht hatte, ist so ganz einzig in seiner Art gewesen. Es hatte durch seine Arbeit in raschem Aufstieg den dritten Platz neben den Vereinigten Staaten und England errungen. Aber der deutsche Erfolg war der größere, denn er war nicht begünstigt durch die Vorbedingungen eines unermeßlichen Naturreichtums wie in Amerika und alte Tradition, Kapitalsansammlung und den Rückhalt von ungeheuren Kolonialreichs wie in England. Er ruhte auf dem Grunde einer unermüdlichen Propaganda in der Welt draußen und eines Systems von wohlerworbenen Besitztümern, Rechten und Interessen, das sich in beständigem Wachstum über alle Haupthandelsgebiete der Welt verzweigt hat. Wer je vor dem Kriege ein Handbuch unseres ausländischen Handels studiert hat, ist über die Ausdehnung und Durcharbeitung dieses Interessenbereichs, über die Anzahl deutscher Niederlassungen oder Vertretungen in Asien, Amerika, Afrika, selbst in den nicht an den landläufigen Verkehrsstraßen liegenden Bezirken erstaunt. Und man braucht nur an die großen Betriebslinien unserer Dampfergesellschaften im Atlantic und Mittelmeer, um Afrika und in Ostasien mit ihren zahlosen Stationen, Piers und Agenturen zu denken, um sich über den ganzen Umfang der Milliardenbeute, die die durchaus völkerrechtswidrige Expropriation während des Krieges in die Hand des Konkurrenten spielte, klar zu sein. Dieser ganze Gewinn soll nun durch unsere eigene Unterschrift legalisiert werden. Wir sollen die Sequestration und Verschleuderung des Eigentums Tausender von deutschen Firmen ausdrücklich gutheißen und damit selber alle die Türen zuschlagen helfen, durch die deutscher Gewerbefleiß seinen Weg zu den fremden Absatzpunkten gefunden hat. Wir sollen gleichzeitig aber auch durch Verzicht auf unsere Besitzrechte in den abzutretenden Gebieten (man denke nur an unsere Montaninteressen in Schlesien) unsere Produktionsfähigkeit auf einen Bruchteil des früheren Umfangs einschränken und so die Möglichkeit, unsere Existenz als Industriestaat überhaupt wieder aufzubauen, verlieren.

Was das aber für Deutschland bedeutet, ist klar. Wir sollen einfach auf die Dauer zu einem Lande mit passiver Zahlungsbilanz gemacht werden, das um dieses Umstands willen sich aus der Tributpflicht an die die Rohstoff- und Lebensmittelmärkte beherrschenden Mächte nicht befreien kann. Es muß da natürlich an den Unterschied zwischen „Handelsbilanz" und „Zahlungsbilanz" erinnert werden. Eine passive Handelsbilanz, wie sie England von jeher hat, ist nichts schlimmes. Es gleicht den Ueberschuß der Wareneinfuhr über die Ausfuhr aus durch seine Riesenein-nahmen an Zinsen aus überseeischen Kapitalsanlagen, durch den Ertrag seiner Weltbankierstellung, durch den Frachtgewinn seiner Handelsflotte. Uns sollen alle Kapitalsanlagen liqui-